

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 4).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Die Dresdener Conferenzen.

○ Hannover, 15. März. Es sind nunmehr seit dem 11. März die Sitzungen der zweiten Commission wieder aufgenommen worden. Dieselben haben zum Zweck, die Berichterstattung der in der Plenarsitzung am 28. Febr. niedergesetzten Subcommission in sich aufzunehmen und hierüber zu berathen. Diese Subcommission hatte, wie wir schon berichteten, den Zweck, die Kompetenz des Reunercollegiums gegenüber dem Plenum und der Militairrecutive noch ein mal in reifliche Erwägung zu ziehen und demnächst neue Vorschläge zu machen. Die zweite Commission hatte anfangs fast die ganze Wirksamkeit auf das Reunercollegium gehäuft, und das Plenum hatte nur ein sehr untergeordnetes Maß von Befugnissen, während die Militairrecutive eine rein ausführende Gewalt repräsentiren sollte. Die Subcommission hat jetzt einen nicht unbedeutenden Theil der Befugnisse vom Reunercollegium auf das Plenum übertragen, wodurch man mit Recht die kleinern Staaten für den Reunercourant günstiger stimmen will. In der Organisation des Entwurfs wie in der Stimmenvertheilung ist durchaus keine Veränderung erfolgt und kann auch sogleich nicht erfolgen, da dies Sache der ersten Commission ist, die ihre Arbeiten schon seit längerer Zeit gänzlich eingestellt hat und aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht in die Lage kommen wird, dieselben wieder aufzunehmen. Denn fällt die Organisation und Stimmenteilung des Reunercourants und des Plenums, so dürfte selbst jeder Versuch zur Aufstellung eines neuen Modus schwanken und man würde dann ungewiss sein, ob man sich an der alten Eintheilung der 17 Virilstimmen des alten Bundes festhalten, dagegen dürfen in der Befugnis des Reunercollegiums und des Plenums gegeneinander und der Kompetenz der Gesetzgebung beider Körper auf die Einzelstaaten noch viele Transactionen erfolgen. Schon die materiellen Vorschläge der dritten Commission, die in ihrer Sitzung am 13. März den als Gutachten übergebenen Entwurf der Sachverständigencommission discutirt und den größten Theil desselben zur Annahme für gefunden hat, werden einen nicht geringen Meinungskampf in der Plenarsitzung, wo sie demnächst zur Vorlage kommen sollen, finden. Gerade der erste Theil: inwieweit die materiellen Fragen zur Kompetenz des Plenums gezogen werden sollen, wird wiederum fast von allen Dissidenten der Plenarsitzung vom 23. Febr. mit Preußen an der Spitze beanstandet werden, da das Gutachten einen, wenn auch nur verhältnißmäßig kleinen Theil jener Fragen der Kompetenz des Plenums unterlegt. Preußen und der ganze Norden wollen aber in diesen Fragen die volle Unabhängigkeit eines jeden Staats aufs entschiedenste und consequenteste gewahrt wissen. Es ist demnach nicht ganz unwahrscheinlich, daß schon in den nächsten Tagen eine Plenarsitzung anberaumt wird, wo die Vorlage der dritten Commission zur Berathung kommt; allein Resultate kann man sich auch hier wenig versprechen.

Nächst der französischen zweiten Circularnote vom 26. Febr, welche sich schon entschiedener ausspricht als jene vom 31. Jan. d. J. und welche eine detaillierte Auseinandersetzung der österreichischen Antwort auf die von Frankreich erlassene erste Note enthält, ist denn auch am 8. März in Wien eine englische Circularnote eingelaufen, wovon dem berliner Cabinet eine Abschrift zuertheilt worden ist. Es handelt sich um den Eintritt der österreichischen Gesamtmonarchie in den Deutschen Bund. Lord Palmerston, der diese Note abgefertigt, spricht sich dahin aus, daß ein so wichtiger Gegenstand, wie der Gesamteintritt der österreichischen Monarchie in den Bund, eine Frage sei, die alle Interessenten und Garantien der Wiener Verträge berühre und nach dem Tractat vom 18. Juni 1815 ausdrücklich die Zustimmung derselben erheische. Außerdem wird geltend gemacht, daß, selbst abgesehen von diesen rechtlich feststehenden Grundverträgen, eine so wesentliche Veränderung in den continentalen Ländercomplexen unmöglich ohne die Genehmigung und Zustimmung aller Mächte anerkannt werden könne. Es sei daher unumgänglich notwendig, bevor irgend welche näheren Schritte geschehen, daß die österreichische Regierung sich mit allen Beteiligten — das sind die Garantien des Wiener Tractats — hierüber in Verbindung und Unterhandlung setze. Das englische Gouvernement könne über sein Verhalten in dieser Angelegenheit noch kein maßgebendes Gutachten abgeben, da es noch nicht über dasselbe befragt und auch die näheren Umstände und Voraussetzungen ihm bis jetzt unbekannt geblieben; es müsse sich jedoch wie allen andern Garantien der Verträge die Zustimmung offen behalten und seine Rechte in aller und jeder Weise auf das strengste wahren.

Fast scheint es uns, daß hier der Schwerpunkt der nächsten Ent-

wicklung der Ereignisse zu suchen ist. Wir werden deshalb auch dieser Seite unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden müssen.*)

— Ein badisches Blatt veröffentlicht jetzt das Antwortschreiben des Fürsten v. Schwarzenberg auf das Schreiben des Königs von Württemberg.

Königliche Majestät! Das Schreiben vom 18. d. M., womit Ew. königliche Maj. mich zu Wehren geruht haben, ist für mich ein unschätzbare Beweis des höchsten Vertrauens und ein neues Denkmal der innigen und warmen Theilnahme Ew. Maj. an dem Wohle des gesammten deutschen Vaterlandes. Jene ich in dieser doppelten Beziehung den Werth und das Gewicht dieser königlichen Worte zu erkennen mir bewußt bin, desto schmerzlicher ist es für mich, daß meine Ansicht über die Mittel zur Erreichung des von allen deutschen Fürsten und Regierungen sowie nicht minder von allen wohlgesinnten Deutschen gemeinsam angestrebten Biele sich nicht der Zustimmung Ew. Maj. zu erfreuen hat. Es ist der schlagendste Beweis der Schwierigkeit unserer Aufgabe, welche die neue Ordnung der deutschen Verhältnisse bezweckt, daß über solche Hauptpunkte, wie der in dem Schreiben Ew. Maj. behandelte, bei dem gemeinsamen Bewußtsein des besten Willens und der sorgfältigsten Erwägung dennoch eine so bedeutende Verschiedenheit der Ansichten zur Erscheinung kommt. Die Offenheit, womit Ew. Maj. Höchstherrliche Beurtheilung dieses Gegenstandes auszusprechen geruht haben, legt mir die Pflicht auf, auch meinerseits ohne Rückhalt, soviel es die Grenzen dieses Orts gestatten, die Hauptgründe meiner Ueberzeugung in Betreff derselben Angelegenheit Ew. Maj. ehrerbietigst vorzutragen.

Die Reform der Bundesacte, welche Ew. Maj. sowohl vor als nach den dauerlichen Ereignissen des Jahres 1848 für nöthig gehalten haben, ist als ein allgemeines Bedürfnis anerkannt worden, und es ist ebenso sehr mein Wunsch als mein Bestreben, daß man nicht durch die entgegenstehenden Schwierigkeiten sich von der Verwirklichung dieser anerkannten und in verschiedener Form von allen Seiten zugesagten Reform abhalten lasse. Eine Revision des Artikels XIII der Bundesacte, welche Ew. Maj. gleichfalls für unerlässlich halten, ist gleichsam von selbst durch den Gang der Ereignisse factisch schon eingetreten. Das Princip einer landständischen Vertretung ist in allen deutschen Staaten zu einer viel kräftigeren Entwicklung, als früher der Fall war, gekommen. Der große Unterschied, welcher in dieser Beziehung zwischen den beiden größten deutschen Staaten und den übrigen Staaten stattfindet, kann theils als schon wirklich aufgehoben gelten, theils sind solche Veränderungen dinstelbst eingetreten, daß die weitere Entwicklung einer größern politischen Freiheit vollständig gesichert ist. Die große Frage ist bei allen diesen jedoch immer: ob die landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen anzuwenden sei oder nicht.

Wenn durch eine solche Einrichtung die einzelnen zersplitterten, unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte der verschiedenen Ständekammern in ein einziges oberstes Nationalparlament wirklich zusammengefaßt würden, ja wenn zur Erreichung dieses Biele auch nur die gegründete Hoffnung vorhanden wäre, dann gäbe es keine dringendere Forderung, als ein solches Nationalparlament sobald als nur immer möglich zu errichten. Bleibt sich aber die Hoffnung auf Erreichung dieses Biele auf dem angegebenen Wege als ganz schwankend und ungewiß, so wird man in demselben Grade bei der Annahme und Anwendung dieses Mittels höchst behutsam und zurückhaltend sein müssen. Ergibt sich jedoch als Resultat wiederholter Prüfung, daß die Einrichtung eines Nationalparlamentes in Deutschland die Einigung der einzelnen zersplitterten, unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte nicht bewirken, sondern im Gegentheil den Deutschen Bund der Uneinigkeit oder dem Umsturze zuführen würde, so ist für diejenigen, welchen sich diese Ueberzeugung aufdrängt, die Pflicht gegeben, diesen Weg, so einladend er auch in mancher Beziehung sich darstellen mag, nicht einzuschlagen, sondern statt dessen die Begründung der Macht und der Einigkeit der deutschen Staaten auf andern Wege zu erstreben.

Jene Ueberzeugung hat sich bei mir fest gebildet auf dem Grunde wiederholter reiflicher Erwägung der deutschen Staatsverhältnisse, wie sie rechtlich und thatsächlich bestehen, sowie in Betrachtung der Vorgänge der letzten Jahre und unsern ganzen gesellschaftlichen und politischen Zustandes in Deutschland. Somit war für

* Wir haben bei dieser Gelegenheit mit dem Dresdner Journal ein paar Worte zu sprechen. Dasselbe brachte neulich mehre angebliche Berichtigungen einiger von zwei unserer Correspondenten (© Hannover und M Frankfurt a. M.) über die Dresdener Conferenzen gemachten Mittheilungen. Obgleich das Dresdner Journal, wie man sagt, ein halbofficielles Blatt ist, bedauern wir doch, seinen Berichtigungen und Entgegnungen nur dann vollen Glauben beimessen zu können, wenn dieselben, wie z. B. neulich hinsichtlich der Kaiangelagten, von officiellen Personen oder Behörden unterzeichnet sind. Geschieht dies nicht, so können wir, auf zahlreiche von uns wie von Andern gemachte Erfahrungen gestützt, seine Berichtigungen keineswegs für authentisch halten. Was besonders die Dresdener Conferenzen betrifft, so glauben wir und glaubt auch das Publicum den Mittheilungen unserer Correspondenten sicherlich mehr als den „Berichtigungen“ des Dresdner Journals, welches noch immer seine Leser auf „die vielleicht in nicht fernem Zeit sich erfüllende Aussicht (!) auf ausführliche Kundgebungen“ verweisen zu müssen verurtheilt ist. — Wenn wir den auch bisweilen „Berichtigungen“ unserer Mittheilungen enthaltenden Dresdener * + - Correspondenzen der augsbürger Allgemeinen Zeitung ebenso wenig Gewicht beilegen, so geschieht dies aus dem einfachen Grunde, weil dieselben, wie wir leicht an untrüglichen Beispielen nachweisen könnten, dem Redactionsbureau des Dresdner Journal nicht allzu fern stehen. D. Red.

mich zugleich auch die Pflicht gegeben, an der Stelle, wozu mich das Vertrauen und die Gnade meines Herrn und Kaisers berufen hat, dieser Überzeugung gemäß zu wirken. Das Ew. Maj. zur Empfehlung eines obersten deutschen Nationalparlamentes zu sagen gerufen, läßt es umso mehr bedauern, daß dieser schönen patriotischen Idee für jetzt wenigstens unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Wirklichkeit entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind von doppelter Art: sie beziehen sich einerseits auf die Organisation eines deutschen Nationalparlamentes an sich und andererseits auf das Verhältnis des Nationalparlamentes zu den einzelnen deutschen Staaten. Wenn es zur wirklichen Errichtung eines Nationalparlamentes käme, so böte sich eine Menge von Combinationen dar, welche sich jedoch im Allgemeinen vorzugsweise auf zwei Hauptformen zurückführen ließen, als deren Repräsentanten der Kürze wegen das englische System und das französische System hier genannt werden sollen. Denken wir uns ein deutsches Parlament im Geiste des letztern Systems, wie auch die einzelnen Modalitäten sein mögen, immerhin aber nach einer abstracten Theorie angelegt und mit dem Uebergewichte des demokratischen Elements, so zeigt die Geschichte jenes Systems in seinem Heimatlande, welchen Wechselfällen, welchen verhängnisvollen Erschütterungen es ausgesetzt ist, wie wenig Garantie es für eine stetige, friedliche Entwicklung der Volksgestaltung gewährt.

Wenn dieses System in einem Einheitsstaate solche unheilvolle Folgen mit sich führt, so müßten sich dieselben in einem Staatenbunde in noch viel größerem Maße zeigen. Wollte man das englische System zur Richtschnur nehmen oder, mit andern Worten, wollte man die Organisation des Parlamentes mehr auf conservative Elemente stützen, welche sich entweder aus früheren historischen Zuständen noch erhalten oder in unsern gegenwärtigen Zuständen sich neu gebildet haben, so entsteht die doppelte Frage: ob man auf diesem Wege unter den gegenwärtigen Umständen und Stimmungen überhaupt nur voranschreiten könnte, und wenn man dies auch unternähme, ob es genügend geschehen könnte, abgesehen von der großen Verschiedenheit der in dem verschiedenen Theilen Deutschlands gegebenen Vorbedingungen zur Einführung einer Nationalrepräsentation und den daraus entspringenden Hindernissen einer gemeinsamen Grundlage der Organisation derselben. Die zweite Art der oben angedeuteten Schwierigkeiten, welche auf dem Verhältnisse des Nationalparlamentes zu den einzelnen Staaten beruhen, stellt sich als noch größer und noch schwerer zu besiegen dar.

Es mag genügen dabei nur daran zu erinnern, daß in dieser Beziehung die Aufgabe darin bestehen würde, eine gemeinschaftliche parlamentarische Vertretung zu errichten, nicht für einen Bundesstaat, bestehend aus Theilen von ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen, was schon eine höchst schwierige Aufgabe wäre, sondern für einen Staatenbund und noch außerdem für einen Staatenbund bestehend aus Staaten von gleichfalls ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen. Die Lösung einer solchen Aufgabe wird man in der Geschichte vergeblich suchen, noch ist Hoffnung vorhanden sie jetzt für Deutschland zu finden mitten in den sich Kreuzenden Meinungen, Leidenschaften und Interessen. Würde ungeachtet dieser entgegenstehenden unermesslichen Schwierigkeiten dennoch ein Versuch zur Lösung dieser Aufgabe gemacht, so könnte die Folge davon nur eine dieser beiden Eventualitäten sein: entweder bei einem unkräftigen Nationalparlament ein unnütziges und bedenkliches Spiel mit politischen Formen und eine weitere Complication eines, schon mehr als erprießlich ist, complicirten politischen Systems; oder bei einem kräftigen Nationalparlament der Anfang einer ganz neuen Gestaltung Deutschlands, welche aber nicht in friedlicher Entwicklung vor sich ginge, sondern bei welcher das Herinbrechen revolutionärer Stürme unausbleiblich gewiß, das Ende und das Resultat derselben aber für das Wohl, ja für den Bestand Deutschlands ganz ungewiß wäre. Auch bin ich von der Wahrheit überzeugt, welche Ew. Maj. aussprechen, daß in unsern Tagen die bloße physische Gewalt kein Gemeinwesen aufrecht zu erhalten vermag; aber andererseits vertraue ich auch dem besondern Geiste der Zeit, der mehr und mehr heranreisenden und sich verbreitenden bessern Einsicht, wodurch alle Gutgesinnten geleitet sich davon überzeugen werden, daß es heilsamer ist, die einmal gegebenen und nur durch einen völligen Umsturz zu beseitigenden Grundlagen des Bestehenden bei dem aufzuführenden neuen Gebäude eher möglichst gut zu benutzen, als ganz unausführbare oder nur mit der höchsten Gefahr zu verfolgende Ideale verwirklichen zu wollen.

Auch wenn für jetzt kein oberstes deutsches Nationalparlament errichtet wird, so kann und soll darum doch Wesentliches geschehen zur Verbesserung und Befestigung des moralischen und politischen Bundes, welche den gesammten deutschen Bund umschlingt. Dahin gehört die Reform der Bundesverfassung hinsichtlich der zu weit ausgehenden Forderung der Stimmeneinheitlichkeit bei zu fassenden Beschlüssen; ferner die stärkere Concentrirung der Stimmen des Engern Rathes und der Executivgewalt des Bundes; nicht minder, um Anderes nicht zu erwähnen, blieben auch, wenn man auf ein Nationalparlament verzichten müßte, dadurch für einzelne wichtige Gegenstände und Kreise der öffentlichen Thätigkeit Zusammenberufungen von Notabeln und Vertrauensmännern aus der Gesamtheit der Nation nicht ausgeschlossen.

Von besonderer Wichtigkeit wird aber in dieser Beziehung immer die Regelung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse sein. Die Pflege der materiellen Interessen für sich allein ist allerdings nicht im Stande die Revolution zu besiegen und Umwälzungen zu verhüten. Die Natur des Menschen bringt es nothwendig mit sich, daß es in letzter Instanz vielmehr immer höhere geistige Interessen sind, in welcher Verunstaltung und Verlehrsheit sie auch oft in die Erscheinung treten mögen, welche die Welt in Bewegung und auch wieder zur Ruhe bringen. Aber darum hat dennoch die Pflege der materiellen Interessen von Seiten der Regierungen sowol überhaupt, als namentlich in der gegenwärtigen Zeit die größte Wichtigkeit anzusprechen. Dahin zu wirken, daß materielle Noth, daß die Verkümmern der physischen Bedingungen des menschlichen Daseins möglichst gemildert und beseitigt werde, wird immer nicht minder eine Pflicht der Menschlichkeit als eine Aufgabe der Staatsweisheit sein; in der gegenwärtigen Zeit, wo die revolutionären Bestrebungen überall den Pauperismus und das Proletariat als Bundesgenossen und Werkzeuge zu benutzen suchen, ist dies noch umso mehr der Fall. Für Deutschland schließt aber die Pflege der materiellen Interessen durch Anbahnung und endliche Erreichung eines gemeinsamen, alle einzelnen Theile umfassenden Zoll- und Handelsystems zugleich die Grundlage und unerlässliche Vorbedingung der bessern nationalen Einigung und Machtentfaltung in sich. Diese Angelegenheit gehört gewiß zu den obersten Angelegenheiten des staatlichen Gesamtlebens, und wenn bei weitem Voranschreiten auf der Bahn nach diesem Ziele einmal eine Vertretung der Intelligenzen und Interessen der Gesamtheit in diesem bestimmt umschriebenen aber großen Kreise zu Stande gebracht werden könnte, so wäre damit zugleich der Nation etwas Wesentliches von dem ihr ge-

bührenden und von Ew. Maj. gewünschten Selbstantheil an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gesamtlebens gegeben. Dieser Antheil ist aber auch im Allgemeinen, selbst wenn kein Nationalparlament besteht und wenn nur die übrigen Reformen der Bundesverfassung zur Ausführung kommen, nicht ausgeschlossen; er findet vielmehr, wenn auch nicht direct, doch indirect durch die Einwirkung der landständischen Vertretungen in den einzelnen Staaten auf die betreffenden Regierungen und deren Bundespolitik statt. Wenn wir auf dem bisher angedeuteten Wege bei der Behandlung der deutschen Angelegenheiten voranschreiten, so wird darin nicht die Einführung oder Rückkehr dessen liegen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Wir werden vielmehr die bisherige Verfassung des Bundes, ohne seine Existenz der Gefahr des Umsturzes, jedenfalls aber einer ganz ungewissen Zukunft preiszugeben, durch neue Institutionen, wo sie fehlerhaft war, verbessern, wo sie ungenügend war, vervollständigen, und dadurch zugleich Reime künftiger Entwicklungen gewinnen.

Wenn die deutschen Fürsten und Regierungen alles Dasjenige zur Verbesserung des politischen Zustandes Deutschlands thun, was sich mit Sicherheit, was sich, ohne neue Gefahren und Stürme heraufzubeschwören, thun läßt, so wird der einsichtsvolle und wohlgesinnte Theil der Nation im Gewinn und Genuß des sichern, wenn auch bescheidenen Maßes wirklicher Verbesserungen für jetzt gerne auf weiter gehende Entwürfe verzichten, welche theils jetzt schon durch die gemachten Erfahrungen in andern Lichte als früher erscheinen, theils als unausführbar sich zeigen.

In der Hoffnung auf diesen einsichtsvollen und wohlgesinnten Theil der Nation, im Vertrauen auf die Fürsten Deutschlands sehe ich, ungeachtet der großen Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, mit Zuversicht einer bessern Zukunft des deutschen Vaterlandes entgegen. Mit diesen Wünschen für Deutschland verbinde ich den ebenso innigen Wunsch, daß die göttliche Vorsehung Ew. Maj. zum Heile und zur Bieder Würtemberg und Deutschlands bis zu dem entferntesten Ziele erhalten, sowie nicht minder eine glückliche Zukunft Deutschlands erleben und eine lange Reihe von Jahren genießen lassen möge. Geruhen Ew. Maj. die Guldigungen der Ehrerbietung gnädigst zu genehmigen, mit welchen ic.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Gestern und vorgestern fand im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in der Zeit von 7 bis 10 Uhr Abends eine Ministerialconferenz statt, welcher die Minister v. Manteuffel, v. Rabe, v. d. Heydt, jeder in Begleitung mehrerer Ministerialräthe, beiwohnten. Gegenstand der Berathung ist die nach dem Ablehnen des österreichischen Zollprojectes diesseits nothwendig gewordene Aufstellung bestimmter Handelsprincipien. Wie wir hören, ist gestern Abend eine Einigung der betreffenden Ministerien in dieser Frage herbeigeführt worden. Auch der gestrige Ministerrath scheint sich mit dieser Frage beschäftigt zu haben.

Verschiedene Blätter sprechen von einem russischen Memorandum, welches den mit dem Cabinet zu Petersburg befreundeten Mächten die Mittel und Wege angäbe, wie der Revolution gründlich vorzubeugen wäre. Wir können mit Bestimmtheit dem Vorhandensein eines solchen Memorandums widersprechen. (R. Br. 3.)

* **Raumburg, 17. März.** Zwischen dem Adjutanten v. Beniveigni hier selbst und dem Lieutenant v. Rohrscheidt aus Erfurt hat gestern Mittag in der Nähe des hiesigen Bürgergartens ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem der letztere Offizier todt auf dem Plage blieb.

Köln, 11. März. Aus dem Mutterkloster der Filles de la croix zu Lüttich kamen gestern 17 Nonnen und deren Oberin hier an und fuhren mit dem Dampfboot nach Nees, in dessen Nähe ein Kloster errichtet wird, wo diese Nonnen untergebracht werden. Der Orden der Filles de la croix unterzieht sich dem Unterricht, der Erziehung, wie der Krankenpflege. (B. 3.)

Kassel, 15. März. Den Oberlieutenants Hildebrand und d'Orville, welche, nachdem sie ihre Entlassung eingereicht, zur Disposition gestellt wurden, ist die Stadt Fulda zum Aufenthaltsorte angewiesen und haben dieselben diese Stadt ohne Erlaubniß des Kurfürsten nicht zu verlassen. Die desfallsige Ordre ist vom heutigen Tage.

Hamburg, 14. März. Die Ausrüstung für die von hier nach Brasilien abgehende Expedition wird immer lebhafter betrieben. Auch für die Equipirung von Artilleristen wird jetzt Sorge getragen. Wo die Kanonen — Zwölfpfünder — gegossen oder angekauft werden sollen, brachten wir noch nicht in Erfahrung; die Laffeten zu diesen Geschützen gehen aus der hiesigen großen Wagenfabrik von Lauenstein und Grossart hervor. Ueber Lieferung von Püchelhauben, Tornistern, Lederzeug ic., wurde mit einem unserer ersten Sattlermeister, Rönckeberg, ein Contract abgeschlossen. Die deutsche Legion wird so vollständig formirt, daß man sogar die nöthigen Musiker für dieselbe hier anwirbt. Alle Gelder, die für die Ausrüstung erforderlich sind, zahlt das Banquierhaus Salomon Heine den kaiserlichen Agenten aus, wofür Hr. Rego de Barros auf London trassirt. Alle diese Notizen schöpfen wir aus den sichersten Quellen, haben aber auch die früher anderweitig erfolgte Angabe zu berücksichtigen, als hätte bereits in dieser Woche das erste Schiff mit sogenannten „Auswanderern“ nach Amerika unsern Hafen verlassen sollen. Allerdings sollte ein für die Expedition ausgebessertes Fahrzeug vorgefertigt vom Stapel laufen, was indessen noch nicht geschah. Jedenfalls werden in nächster Woche die für dieses Schiff (Hamburg) bestimmten Leute an Bord gehen, baldiger Abfahrt entgegengehend, da sich nach ihrer Unterbringung in der Stadt doch manche Inconvenienzen ergeben haben. (Köln. 3.)

— Man schreibt der Grazer Zeitung: Bedeutendes Aufsehen macht in Wien das Verschwinden von fünf Bürgern, welche zugleich

Familie
thal, u
stellen
sein un
das sic
halb u
sie mit
Scher
merksa
Geld a
+ J
serta v
des D
Krankh
seit fün
nervöse
mahlin
nig, v
cana, k
stus u
zogin v
(vom C
liebt ha
verbreit
marschi
Bestimm
Kriegsbr
reichs
wol sch
denn sic
sollten
Küsten
Tschiffm
Pforte
(Neypt
Bericht
Amtsger
Der M
ston hin
Gefes
beugt h
der Sa
das die
das Mi
weisung
gerten
ist aber
Regierun
datbau
command
laufende
des neu
in dersel
1837 sic
Einwend
erwarten
die Ginn
sie aber
lige Ver
National
lautet: „
ben bis
Wirksam
Verlänge
Anstalt.
über ein
mission k
Was ab
Hr.
eigener
griffe in
Wahl die
gierung
len lassen
Das Gef
ben, son
preisgeb
vertheilg
nigt, v
Regierun

Familienväter sind. Diese gehören sämmtlich zu der Gemeinde Lichtenthal, und haben alle fünf ziemlich einträgliche Geschäfte betrieben. Sie sollen alle vor einigen Tagen unter Angabe eines falschen Zieles verreist sein und sind nicht mehr zurückgekehrt. Man will nun erfahren haben, daß sie schon früher gesonnen waren, nach Amerika zu gehen, und deshalb miteinander einen förmlichen Bund schlossen. Ein Bürger, den sie mit in das Complot ziehen wollten, und der es anfangs nur für Scherz hielt und den Beitritt verweigerte, hat nun auf die Spur aufmerksam gemacht. Die Entflohenen haben jeder eine bedeutende Summe Geld aufgenommen, und ihre Gattinen und Kinder zurückgelassen.

Italien.

Neapel, 8. März. Die königliche Familie, der Hof, ist von Caserta vorgestern in die Stadt gekommen, nicht allein wegen der dem Leben des Oheims des Königs, Prinz Leopold von Salerno, eminent drohenden Krankheit infolge eines Rückfalls des Erythrasms, an dem er seit fünf oder sechs Wochen leidet, oder vielmehr eines Umschlags in ein nervöses, als auch noch wegen der bevorstehenden Niederkunft der Gemahlin des Prinzen Francesco da Paula, eines Bruders des Königs, wozu auch der Hoffnungsvollen Mutter, die Großherzogin von Toscana, heute erwartet wird. Ebenso wird der Herzog von Parma nächstens und im folgenden Monat der Graf von Chambord und die Herzogin von Berri erwartet. Eine eben flügge werdende Tochter dieser (vom Graf Lucchesi-Palli) soll sich stark in einen Lucchesi-Palli verliebt haben, und die Sache einen glücklichen Ausgang nehmen. Die verbreitetsten Gerüchte lassen 10,000 Mann nach Frosinone und Rom marschiren; ich glaube aber, daß wenigstens die Zahl zu groß und die Bestimmung zu weit darin angegeben ist. Daß ein halbes Duzend Kriegsdampfer auf den Kreuzzug nach den südlichen Küsten des Königreichs (Calabriens und Siciliens) entsendet worden seien, wird Ihnen wol schon bekannt geworden sein, obgleich es ziemlich still geblieben ist, denn sie sind bereits seit 10—15 Tagen in See; die Einen meinen, sie sollten dazu bestimmt sein, die Verbindung Malta's mit den insularischen Küsten zu überwachen, die Andern schreiben ihnen, wie mir scheint, sehr leichtsinnig einen Zweck zu, dem die Zerwürfnisse zwischen der hohen Pforte und den semivassallischen Herrschern an der afrikanischen Küste (Aegypten vornehmlich) nicht fremd seien.

Frankreich.

Paris, 15. März.

In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung stand der Bericht der Commission über den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsgewalt der Offiziere der Nationalgarde auf der Tagesordnung. Der Minister Wäisse beginnt mit der Bemerkung, es hätte die Commission hinlänglich Zeit gehabt, das im Juli 1850 eingebrachte organische Gesetz bis jetzt zu erledigen, was Verschiedenheit der Ansichten vorgebeugt hätte. Der Berichterstatter habe die Zögerung der Commission mit der Saumseligkeit der Regierung zu entschuldigen gesucht. Er bemerkt, daß die von ihm hier anzuführenden Thatsachen vor seinem Eintritte in das Ministerium datiren. Die von der Commission verlangten Nachweisungen sind so schnell als möglich gesammelt worden. Die verweigerten Stücke zu verweigern hatte die Regierung volles Recht. Alle Schuld ist aber auf Seiten der Commission. Als jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung von der Commission auf das Ablaufende der dreijährigen Mandatsdauer gelenkt wurde, schrieb er dem Seinepräfecten und dem Obercommandanten der Nationalgarde des Seine-Departements, daß die ablaufenden Amtverpflichtungen von Rechts wegen bis zur Beendigung des neuen Nationalgardengesetzes fortliefen, worauf er sich auf einen in derselben Sache gefassten Beschluß des Cassationshofs vom Jahre 1837 stützte. Daß die Regierung sich auf Präcedenzfälle bezog, rief Einwendungen hervor, die sich namentlich auf den sobald nicht zu erwartenden Abschluß des Gesetzes gründeten. Die Regierung nahm die Einwendung in Betracht, blieb anfangs bei ihrer Ansicht, welche sie aber nicht so bestimmt festhielt, als daß sie nicht eine abermalige Veranlassung veranlaßt hätte. Die Regierung glaubt nun auf die Nationalgarde Art. 113 der Verfassung anwenden zu können, welcher lautet: „Alle durch die gegenwärtigen Gesetze eingesetzten Behörden bleiben bis zur Verkündigung der sie betreffenden organischen Gesetze in Wirksamkeit.“ Die Regierung ist bereit, die Verantwortlichkeit für diese Verlängerung auf sich zu nehmen. Die Commission besteht auf ihrer Ansicht. Im Allgemeinen ist die Regierung mit der Commission darüber einig, daß Wahlen gegenwärtig unzeitgemäß wären. Die Commission hält ein besonderes Gesetz für nothwendig, die Regierung nicht. Was aber auch die Versammlung entscheidet, wird geachtet werden.

Hr. Rabier de Montjau bezeichnet die Keckheit, Wahlämter aus eigener Machtvollkommenheit zu verlängern, für einen der frechsten Eingriffe in die Verfassung. (Lärm rechts.) Er erinnert, daß seit 1789 die Wahl die Basis des Commandos bei der Nationalgarde sei. Die Regierung wollte auch anfangs nach dem allgemeinen Stimmrechte wählen lassen und war nicht der Meinung der Doctoren der Commission. Das Gesetz wird endlich seiner Ansicht nach wol kein provisorisches bleiben, sondern nach Belieben die Wahl der Willkür jeden Gesetzgebers preisgeben. Der Berichterstatter Mancey bemüht sich, das Gesetz zu vertheidigen, welches nach ihm gerade dem allgemeinen Stimmrechte dienlich, weil es dessen Erwählte in ihren Aemtern beläßt.

Hr. Favre steht in dem Antrage einen neuen Beweis, daß die Regierung alle alten Fehler verfallt, welche die frühern stürzten. Die

Demokratie ist ihm die allein mögliche Regierungsgrundlage, da göttliches Recht und Oligarchie sich abgenutzt haben. Er erinnert, daß die Nationalgarde und Mobilen vom Juni 1848 nach dem allgemeinen Stimmrechte gewählt worden. Das neue Wahlgesetz unterwirft er einer bitteren Kritik. Er thut dar, wie die Versammlung durch Annahme des Antrags den Grundsatze der Theilung der Gewalten schreiend verlegt habe. Der Antrag der Commission: die Mandate der Offiziere der Nationalgarde so lange zu verlängern, bis das organische Gesetz in Betreff der Neuwahlen erschienen sei, wurde mit 418 gegen 239 Stimmen angenommen.

Ein pariser Correspondent der Kölnischen Zeitung schreibt derselben: Obgleich ich selbst nicht daran glaube, halte ich es doch für meine Pflicht, Ihnen mitzutheilen, daß eine sonst sehr wohlunterrichtete Person wissen wolle, das weiterverprobte Einverständnis Oesterreichs und Preussens wäre seinem Ende nahe. Mein Berichterstatter beruft sich auf ein an den Präsidenten gerichtetes Schreiben des französischen Gesandten in Berlin, welches Aehnliches andeuten sollte. Gewiß ist, daß man russischerseits durch den Widerstand Frankreichs, der doch diesmal als vollkommen selbständiger zu betrachten, nicht wenig überrascht ist.

Königreich Sachsen.

Zwickau, 15. März. Mit gestern, wo den hiesigen Matverurtheilten die Entschliessungen des Königs auf die gegen die Erkenntnisse zweiter Instanz erhobenen Begnadigungsgesuche bekannt gemacht worden sind (Nr. 139), ist das gesammte politische Untersuchungswerk, welches von dem hiesigen königlichen Justizamte gegen einzelne Mitglieder königlicher Behörden, des Stadtraths, der Stadtverordneten, sowie anfänglich gegen eine große Anzahl Communalgardisten und sonstige Bürger und Einwohner hiesiger Stadt beziehentlich auftragsweise geführt worden ist, als definitiv beendet zu betrachten und wird die Abführung der Condemnaten in das Zucht- und Arbeitshaus und in das Landesgefängniß in der nächsten Zeit erfolgen. (Dr. J.)

Glauchau, 16. März. Gestern wurde bei dem hiesigen gräflich Schönburgischen Justizamte Forder-Glauchau dem hiesigen Bürgermeister Dörffel das wegen seiner Bethheiligung an den Matereignissen vom Jahre 1849 von dem Appellationsgerichte zu Zwickau gesprochene Erkenntniß publicirt. Dörffel ist in zwölfjährige Zuchthausstrafe ersten Grades verurtheilt. Da jedoch eben seine Gattin sehr schwer, man sagt tödtlich, krank daniederliegt, so wurde er, auf dringende Verwendung des Arztes und der Chefs mehrerer bedeutender hiesiger Handelshäuser, die 6000 Thlr. Caution für ihn stellten, Abends auf Handgelöbniß entlassen. — Sämmtliche übrige hiesige Matverbrecher, insbesondere Musikdirector Barth, Adv. Habertorn, Adv. Riedel, Kaufmann Facillides, Färber Fierstrang und Schneider Schlick, sind völlig begnadigt worden. Dagegen wurde vor einigen Tagen der ebenfalls bei dem Justizamte Forder-Glauchau in Untersuchung befindene vormalige Redacteur des Wächter an der Mulde, Gerber, aus Waldenburg, zu Verbüßung funfzehnjähriger Zuchthausstrafe nach Waldheim gebracht. (Dr. J.)

Personalnachrichten.

Ordensverleihungen. Preussen. Stern zum Rothen Adlerorden 2. Cl. mit Eichenlaub: der a. G. u. b. R. in Wien Kammerherr Graf v. Bernstorff. Todesfälle. Am 15. März starb in Blogau der frühere Kriegsminister und General der Infanterie v. Rohr.

Wissenschaft und Kunst.

Als Erwiderung auf die von unserm Theater-Referenten einem erlittenen Angriffe gegenüber aufgestellten Behauptungen und einer erläuternden Bemerkung der Unterzeichneten, gibt der Theater-Referent des Leipziger Tageblatts am 15. März die Erklärung: „daß er stets nur reiflich Ueberdachtes und nach freien Ueberzeugungen, nie vorreiliche Phrasen oder bestochene Modomontaden zu schreiben pflege.“ Mit dem größten Vergnügen erfüllen wir andurch den Wunsch desselben, diese Versicherung in unserm Blatte mitzutheilen, zugleich aber erklären wir hiermit, daß die beregte Angelegenheit von uns als erledigt angesehen und fernhin der Raum unserer Spalten durch dieselbe nicht mehr in Anspruch genommen werden wird. D. Red.

Handel und Industrie.

Berlin, 17. März. Freiw. Anl. 105; St.-Sch.-S. 85 $\frac{1}{2}$ Br.; Seehdl.-Pr.-Sch. 127 $\frac{1}{2}$; Banlanth. 97 Br.; Friedrichsbr. 113 $\frac{1}{2}$; Ledor. 108 $\frac{1}{2}$; Berl. Anl. Lit. A. u. B. 104, Pr.-Act. 96 $\frac{1}{2}$ Br.; Berl.-Hamb. 93 $\frac{1}{2}$, Pr.-Act. 102; Köln-Mind. 101 $\frac{1}{2}$, Pr.-Act. 101 $\frac{1}{2}$; Fr.-W.-Nordb. 38 $\frac{1}{2}$, Pr.-Act. 98; Halle-Zhüring. 68, Pr.-Act. 100 Br.; Magd.-Wittenb. 55 $\frac{1}{2}$, Pr.-Act. 99 $\frac{1}{2}$; Kral.-Oberschl. 74, Pr.-Act. 85 $\frac{1}{2}$; Oberschl. Lit. A. 116 $\frac{1}{2}$, B. 109; Poln. Schag.-Dbl. 81 $\frac{1}{2}$; Poln. Pfdb. alte —; Poln. Pfdb. neue 94 $\frac{1}{2}$ Br.; Part. 500 Fl. 82 $\frac{1}{2}$ Br., 300 Fl. 145 $\frac{1}{2}$ Br.; Poln. Bankcert. Lit. A. 300 Fl. 94 $\frac{1}{2}$ Br., B. 200 Fl. 18 $\frac{1}{2}$; Amsterd. f. 142, 2 R. 141 $\frac{1}{2}$; Hamb. f. 150 $\frac{1}{2}$ Br., 2 R. 149 $\frac{1}{2}$; Lond. 3 R. 6, 20 $\frac{1}{2}$; Paris 2 R. 80 $\frac{1}{2}$; Wien 2 R. 77 $\frac{1}{2}$; Augsburg. 2 R. 101 $\frac{1}{2}$; Bresl. 2 R. 99 $\frac{1}{2}$; Leipzig 8 Lg. 99 $\frac{1}{2}$; Frankf. a. M. 2 R. 56, 16; Petersb. 3 R. 104 $\frac{1}{2}$. Bei mäßigem Geschäft erfuhren die Kurse keine wesentliche Veränderung, behaupteten sich jedoch sehr fest. Preuss. Fonds im Allgemeinen etwas matter.

Wien, 15. März. 5pc. Met. 96 $\frac{1}{2}$; 4 $\frac{1}{2}$ pc. Met. 84 $\frac{1}{2}$; Bankactien 1259; Nordb. 131 $\frac{1}{2}$; 1839er Loose 119 $\frac{1}{2}$; Lomb. Anl. 93 $\frac{1}{2}$; Lond. 12, 50; Amsterd. 181 $\frac{1}{2}$; Augsburg. 130 $\frac{1}{2}$; Hamb. 191 $\frac{1}{2}$; Paris 153 $\frac{1}{2}$; Gold 35 $\frac{1}{2}$; Silber 30 $\frac{1}{2}$; Walfuten, Contanten begehrt.

Paris, 15. März. 3pc. 57, 85. 5pc. 94, 25.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung.
Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Duerstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. Schner, Neußadt, An der Brücke, Nr. 2)

Edictal-Citation.

Da die Erben des am 30. Januar d. J. verstorbenen hiesigen Kaufmanns **Friedrich Wilhelm Heinrich Gohl** dessen Erbschaft mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten haben, so werden Behuf Ermittlung des Passivbestandes des Verstorbenen Alle, welche Ansprüche an dessen Nachlass zu haben vermeinen, solche in dem dazu auf **den 5. Mai dieses Jahres,**

Vorgens 10 Uhr, vor unterzeichnetem Gerichte angelegten Termine anzumelden und thunlichst zu beschleunigen, unter dem Rechtsnachtheile, daß nicht angemeldete Ansprüche auf den Theil der Masse sich beschränken, welche nach Berücksichtigung der angemeldeten Forderungen auf die Erben des Verstorbenen übergehen, hierdurch edictaliter vorgeladen.

Nachrichtlich wird Abgesehen bemerkt, daß das demnach zu erlassende Präcativ-Decret nur durch Anbesetzung an die Gerichtstafel veröffentlicht werden wird.
Decretum Braunschweig, den 12. März 1851. **Herzogliches Stadt-Gericht.**
[640-42] **Ab. von Kalm.**

Bekanntmachung.

In der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 25. d. M. ist die Dividende auf die Aktien der unterzeichneten Bank für das Rechnungsjahr 1850 auf **6 Procent** festgesetzt worden.

Es werden demnach:
1) die Dividendenscheine Nr. 1 unserer Aktien Litt. A., incl. der darauf hastenden Zinsen für das letzte Semester 1850 à 4 Procent, mit 8 Thlr. pro Stück,
2) auf die Interims-Aktien Litt. B., welche Behufs Abstempelung vorzulegen sind, Zinsen à 4 Procent und Dividende à 6 Procent auf 20 Thlr. Einzahlung vom 31. März bis 31. December 1850 mit 1 Thlr. 15 Sgr. pro Stück vom 1. April d. J. ab täglich in den Geschäftsstunden von uns ausgezahlt werden.
Dessau, am 27. Febr. 1851.

Anhalt-Deffauische Landesbank.
Nulandt. Lieberoth.

[457-58]

Bekanntmachung.

Die nach §. 45 der Statuten jährlich abzuhaltende General-Versammlung der Actionäre der Anhalt-Deffauschen Landesbank wird, nach dem heutigen Beschlusse des Verwaltungsrathes derselben:

Dienstag, den 25. März d. J., Vormittags 10 Uhr,
im hiesigen Bankgebäude stattfinden.

Die Besitzer von mindestens 5 Aktien werden dazu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Eintrittskarten, gegen Vorlegung der Aktien, bereits von Montag, den 24. März an, im Bureau der Bank ausgefertigt werden:

1) Vorlage des Rechnungs-Abschlusses für 1850 und Geschäftsbericht, sowie:
2) Wahl von 6 Mitgliedern des Verwaltungsrathes an Stelle der statutenmäßig auscheidenden.
Dessau, am 25. Febr. 1851.

Der Verwaltungsrath der Anhalt-Deffauschen Landesbank.
Ackermann, Vorsitzender.

Die Breslauer Zeitung

beginnt mit dem 1. April ein neues vierteljährliches Abonnement. Die politische Richtung der Zeitung bleibt unverändert.

Wir laden zum Abonnement ein und bitten, die auswärtigen Bestellungen bei den nächsten Postämtern so zeitig zu veranlassen, daß dieselben vor dem 1. April bei dem hiesigen Ober-Postamt eingegangen sind. Die Zeitung erscheint täglich und ist der vierteljährliche Abonnementpreis im ganzen Preussischen Staate 1 Thlr. 24 Sgr., inclusive Porto.

Breslau, im März 1851. **Gras, Barth und Comp.,**
Verleger der Breslauer Zeitung.

[638]

In der **Ryllus'schen** Verlagsbuchhandlung in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

J. J. Engel's Schriften.

Taschenausgabe in 12 Bänden. Neue Ausgabe, 1-3 Band à 10 Sgr.

Engel's Schriften nehmen unter den deutschen Classikern einen bedeutenden Rang ein und sind für Alt und Jung eine reichhaltige Quelle zur Belehrung und Unterhaltung. Die Vortrefflichkeit seines durch meisterhafte Charakter-schilderungen fast unerreicht dastehenden „Lorenz Stark“, seines „Philosophen für die Welt“, seiner „Schauspiele“ etc. ist so allgemein anerkannt, daß wir uns füglich aller weiteren Empfehlungen enthalten können.

Im Verlage der Unterzeichneten und in Commission bei **H. Wienbrack** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [554-56]

Lehrbuch der allgemeinen Geschichte von dem Standpunkte der Kultur für obere Gymnasialclassen von **Dr. G. Geiß.** Erste Lieferung. Gr. 8. XVI. u. 192 Seit. Preis 20 Sgr.

Das Buch enthält, wie schon der Titel andeutet, nicht nur die politische Geschichte, sondern die Darstellung aller ausgezeichneten Erscheinungen auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit. Die politische Geschichte bildet den Mittelpunkt der Geschichte jedes Volkes, aber daran reiht sich was immer ein Volk in der Religion, Literatur, Kunst, Handel, Gewerbe, Sitten und Gebräuchen Ausgezeichnetes geleistet hat. — Das ganze Werk wird in sechs Lieferungen oder drei Theilen die ganze Geschichte (alte, mittlere, neuere und neueste) von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart umfassen.
Weimar. **Witte'sche Hofbuchdruckerei.**

In unserem Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätig:

Zehn Jahre aus der Geschichte der Ahnherren des Preussischen Königshauses.

Von **A. F. Riedel.**
Gr. 8. mit Kupferbeilagen brosch. 2/3 Thlr.
Ernst & Korn,
Gropius'sche Buch- und Kunsthandlung.
Berlin, 1851. [639]

Für Reisende nach England

empfehlen wir folgende Werke unsers Verlags:

- J. W. Kohl's** Reisen in England und Wales. 3 Thle. 8. Brosch. 6 Thlr.
- Land und Leute der britischen Inseln. 3 Thle. 8. Brosch. 8 Thlr. 20 Sgr.
- englische Skizzen. 3 Thle. 8. Brosch. 4 Thlr. 20 Sgr.
- Reisen in Schottland. 2 Thle. 8. Brosch. 3 Thlr.
- Reisen in Irland. 2 Thle. 8. Brosch. 5 Thlr. 20 Sgr.
- Reisen in den Niederlanden. 2 Thle. 8. Brosch. 4 Thlr.

[644] **Arnoldische Buchhandlung in Leipzig.**

Bei **J. W. Brockhaus** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Moderne Titanen, kleine Leute in großer Zeit.

Drei Theile. Gr. 8. Geh. 4 Thlr. [643]

Leipziger Tageskalender.

Dampfwagen-Abfahrten von Leipzig.

- Nach Hof, über Altenburg, ingl. nach Nürnberg u. München. Personenzüge um 6, 12, 5 Uhr, letzterer Zug mit Uebernachten in Plauen. — Auf derselben Tour. Güterzug mit Personenbeförderung, jedoch nur bis Zwittau und bis Reichenbach, Morgens 7 Uhr.
- Nach Berlin, über Rötten, ingl. nach Frankfurt a. d. O. und nach Stettin. Personenz. 6 1/2 u. 3 1/2 U.
- Nach Berlin, über Rötten, ingl. ebenso nach Frankfurt a. d. O. und nach Stettin. Personenz. 6, auch comb. Personen- und Güterzug 12 1/2 Uhr.
- Nach Dresden, über Meisa, ingl. nach Görlitz, Breslau, Zittau, Pirna, Prag u. Wien. Personenz. 6, Güterz. 10. Personenz. 12 1/2 u. 5, auch Güterz. 5 1/2 U., letzterer mit Uebernachten in Riesa.
- Nach Frankfurt a. M., über Kassel u. Gießen, direct, (auch nach Kötten, allein von da nicht weiter). Comb. Personenz. u. Güterz. Morgens 5 U. — Gleichfalls nach Frankfurt a. M., aber mit Uebernachten in Eisenach. Personenz. 6 1/2, Güterz. 7 1/2 u. Personenz. 12 U. — Auf derselben Tour. Personenz. Abds. 5 U., jedoch nur bis Erfurt, woselbst er verbleibt.
- Nach Magdeburg, über Rötten, ingl. nach Halberstadt u. Bremen, Rölln, (Paris u. London) Medlenburg u. Pommern, beziehentlich mit Uebernachten in Minden, in Hannover, in Helsen, u. in Wittenberge. Personenz. 6 1/2, Güterz. 7 1/2, Personenz. 12 u. Abds. 5 U.; ferner noch Güterz. 6 1/2 U., letzterer mit Uebernachten in Rötten, (dabei auch nach Bernburg Personenz. 6 1/2, 12 u. 5 U.) Endlich aber direct nach allen vorerwähnten Orten: combin. Personenz. u. Güterz. Abds. 9 1/2 Uhr.

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek, 2-4 Uhr. **Del Vecchio's Kunstausstellung** (Kaufhalle), 10-4 U.

Theater. 108. Abonnementsvorstellung. **Gurhanthe,** große historisch-romantische Oper in 3 Handlungen. Dichtung von Helmine Chezy. Musik von Carl Maria von Weber.
Mittwoch, 19. März. Zum sechsten male: **Wenn Leute Geld haben,** Posse mit Gesang in 3 Acten, von H. Weirauch. Coupletts von Dohm. Musik von Th. Hauptner.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Rector Böhme in Plibitschen mit Frä. S. Westhufen in Dresden.
Getraut: Hr. D. Wiedemann in Erdmannsdorf mit Frä. P. Fischer aus Brettau.
Geboren: Frn. Th. Baummann in Rossen eine Tochter. — Frn. K. F. Engelmann in Reinhardsdorf bei Schandau ein Sohn. — Frn. Lehrer Theile in Leipzig ein Sohn.
Gestorben: Hr. Maurermeister Ehrlich in 9-108. — Frau A. v. Wolf in Meissen.

Dien...
sicht hier...
welche a...
mündliche...
v. Mant...
gen; mo...
jener Ros...
55 v...
wird nich...
hältissen...
ropäischem...
nes Regi...
zu macher...
rückgehalt...
pässe h...
in die st...
haltung...
kung mac...
Bewahrun...
Nachdruck...
sten wien...
einstimmte...
zur Aufre...
finden.
bung bild...
derr, eing...
benden Br...
Preußen...
für welche...
beigefand...
Stellung...
Stellung